

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MARTIN KASPEREK

JULIANE BOSSE

KATRIN ULLRICH

September 2008

www.kas.dewww.eukas.eu

Newsletter zum aktuellen Stand der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags

Durch das irische „Nein“ am 12. Juni 2008 wird der Lissabon-Vertrag nicht, wie ursprünglich geplant, zum 1. Januar 2009 in Kraft treten können. In der Abschlusserklärung des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs am 19. und 20. Juni 2008 wurde Irland aufgefordert, in den kommenden vier Monaten mit den EU-Vertretern über eine Lösung der Krise zu beraten und beim nächsten EU-Gipfel am 15. Oktober seine Vorschläge für das weitere Vorgehen zu präsentieren. Der irische Premierminister Brian Cowen sagte im Anschluss an diesen Gipfel, dass er diesen Termin für zu früh halte.

In Italien, Belgien (bei der Abstimmung im flämischen Regionalparlament), Zypern, den Niederlanden und Spanien hat der Vertrag auch nach dem irischen Referendum große Mehrheiten erhalten. Sorgen bestehen noch über das Schicksal der Ratifizierung in Tschechien, wo die Europaskepsis bei Präsident Václav Klaus und in Teilen der Regierung groß ist und aktuell das Verfassungsgericht den Vertrag prüft. Noch nicht ratifiziert hat Schweden, wo die Abstimmung erst im Herbst stattfindet. In Deutschland muss noch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gewartet werden, ohne das Bundespräsident Köhler den Vertrag nicht unterzeichnen wird. In Finnland wartet man noch auf die Abstimmung durch das Parlament der weitgehend autonomen Åland-Inseln, hier ist ein „Nein“ zu befürchten, das aber keine Auswirkungen auf die finnische Ratifizierung hätte.

In Irland beginnt nun die Diskussion darüber, wie nach dem gescheiterten Referen-

dum fortzufahren ist. Umfragen zufolge erhalte der Vertrag auch bei einer erneuten Abstimmung ein klares „Nein“. Um dies zu ändern, erwägt die irische Regierung nach Aussagen des Außenministers Martin die Festlegung von Opt-Out-Klauseln im Bereich der Verteidigungspolitik. In Brüssel wird außerdem diskutiert, die im Reformvertrag vorgesehener Verkleinerung der EU-Kommission zu überdenken. Nach dem aktuell geltenden Vertrag von Nizza muss die Anzahl der Kommissare bereits ab Herbst 2009 reduziert werden, der Vertrag von Lissabon sieht dies erst für 2014 vor und erlaubt zudem eine Veränderung der Anzahl der Kommissare durch einstimmigen Beschluss der Staats- und Regierungschefs. Der Vorschlag der französischen Ratspräsidentschaft im Sommer 2008, Länder mit ähnlichen Sprach- und Kulturkreisen durch einen gemeinsamen Kommissar zu vertreten, wurde in Deutschland und Österreich abgelehnt.

Bei der Ratifizierung in den einzelnen EU-Staaten ist zu beachten, dass diese eigentlich erst dann völkerrechtlich verbindlich ist, sobald die unterschriebene Ratifikationsurkunde auch hinterlegt wurde, was jedoch noch nicht bei allen Staaten, die vollständig ratifiziert haben, der Fall ist.

Im Nachfolgenden eine Darstellung des Ratifizierungsprozesses in den einzelnen Mitgliedsstaaten:

Belgien

Als 22. Mitgliedsstaat hat Belgien den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Nachdem der Vertrag am 6. März 2008 vom belgischen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MARTIN KASPEREK
JULIANE BOSSE
KATRIN ULLRICH

September 2008

www.kas.de

www.eukas.eu

Senat und am 10. April 2008 von der belgischen Abgeordnetenversammlung (gegen die Stimmen der rechtsextremen Parteien Vlaams Belang und Front National) angenommen wurde, stimmten ihm auch die Regionalparlamente zu, am 14. Mai das Parlament der Wallonie, am 19. Mai das der deutschsprachigen Gemeinschaft, am 20. Mai das der französischsprachigen Gemeinschaft, am 27. Juni das der Region Brüssel-Hauptstadt und am 10. Juli schließlich das Parlament der Region Flandern.

Bulgarien

Bulgarien hat als sechstes Mitglied der Europäischen Union den Vertrag parlamentarisch ratifiziert. Die geforderte Zweidrittelmehrheit im Parlament wurde mit 199 Abgeordnetenstimmen bei lediglich 15 Gegenstimmen am 21. März 2008 erreicht.

Dänemark

Nach der Zustimmung des Folketingets am 24. April 2008 hat Dänemark als zehntes Mitgliedsland den Reformvertrag ratifiziert. Während 90 Abgeordnete für die Annahme des Vertrags stimmten, gab es 25 Gegenstimmen. Allerdings waren bei der Abstimmung 64 Abgeordnete und Premierminister Anders Fogh Rasmussen abwesend. Ein ursprünglich von der Regierung für den Herbst geplantes Referendum über die bestehenden dänischen Ausnahmen (bezüglich der gemeinsamen Verteidigungspolitik, der Justizpolitik, des Euros und der EU-Staatsbürgerschaft) wurde wegen der „unklaren Lage“ nach dem irischen „Nein“ auf unbestimmte Zeit verschoben.

Deutschland

Die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags durch die Bundesrepublik ist noch nicht vollständig erfolgt. Zwar haben sowohl der Bundestag am 24. April 2008 als auch der Bundesrat am 23. Mai 2008 (dem 59. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes), in dem sich lediglich die rot-rote Regierung Berlins enthielt, mit der jeweils notwendigen Zweidrittelmehrheit ihre Zustimmung erteilt.

Bundespräsident Horst Köhler verkündete jedoch am 30. Juni 2008, dass er die Ratifikationsurkunde zum Lissabon-Vertrag vorerst nicht unterzeichnen werde. Er kommt damit einer Bitte des Bundesverfassungsgerichts nach, welches derzeit die Klagen des CSU-Politikers Peter Gauweiler sowie der Linksfraktion zu prüfen hat. Die Karlsruher Entscheidung steht jedoch noch aus und ist wahrscheinlich erst im Jahr 2009 zu erwarten.

Estland

In Estland, wo von Beginn an alle Parteien ihre Zustimmung zum Lissabonner Vertrag zeigten, fand am 11. Juni 2008 die Ratifizierung statt. Dem Vertrag wurde mit 91 zu einer Gegenstimme bei neun Abwesenden zugestimmt. Präsident Toomas Hendrik Ilves unterzeichnete am 19. Juni 2008 das Ratifizierungsgesetz des Lissabon-Vertrags und entschied damit über die endgültige Annahme des Vertrags für Estland.

Finnland

In Finnland ist die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags noch nicht vollständig abgeschlossen. In der Abstimmung im finnischen Parlament, die absichtlich auf den 11. Juni 2008 vorverlegt wurde, um ein positives Signal für das Referendum am nächsten Tag in Irland zu setzen, wurde die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht. Im Vorfeld drohte jedoch die eher rechts ausgerichtete Regierung der finnischen Inselgruppe Åland mit der Blockade der Ratifizierung. Für das Inkrafttreten des Reformvertrags ist die Ratifizierung durch das Parlament von Åland zwar nicht zwingend notwendig, ohne deren Zustimmung verlieren die Vertragsbestimmungen allerdings ihre Gültigkeit für die 26.000 Einwohner der Inselgruppe.

Um den Ratifizierungsprozess in Finnland endgültig abzuschließen, bedarf es der Zustimmung der finnischen Präsidentin Tarja Halonen, die bis zum 11. September 2008 das EU-Vertragswerk unterzeichnen muss.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MARTIN KASPEREK
 JULIANE BOSSE
 KATRIN ULLRICH

September 2008

www.kas.de

www.eukas.eu

Frankreich

In einer für eine Verfassungsänderung notwendigen gemeinsamen Sitzung von Nationalversammlung und Senat in Versailles am 4. Februar 2008 wurde dem Lissabon-Vertrag mit der erforderlichen Dreifünftelmehrheit zugestimmt. Anschließend erhielt das Ratifizierungsgesetz auch in einzelnen Abstimmungen in Nationalversammlung und Senat am 7. Februar 2008 die Mehrheit und wurde dann von Präsident Sarkozy unterzeichnet.

Die Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern des Vertrags laufen in Frankreich quer durch die Parteien, was vor allem die für die oppositionelle „Parti Socialiste“ zur Zerreißprobe wurde. Während die eine Hälfte der sozialistischen Abgeordneten um den ehemaligen Bildungsminister Jack Lang mit „Oui“ stimmten, stellte sich die andere Hälfte zusammen mit Ex-Premierminister Laurent Fabius gegen den Vertrag und fordert ein Referendum.

Griechenland

Die auf den 11. Juni 2008 vorgezogene Abstimmung im griechischen Parlament brachte eine einfache Mehrheit für den Vertrag mit 250 Ja-Stimmen zu 42 Nein-Stimmen bei acht Enthaltungen. Der Vertrag wurde sowohl von der konservativen Regierungspartei „Neue Demokratie“ als auch von der sozialdemokratischen Oppositionspartei „PASOK“ unterstützt. Die anderen Oppositionsparteien, die Kommunistischen Partei „KKE“, das Linksbündnis „SYRIZA“ und die Orthodoxe Volkszusammenkunft „LAOS“, forderten indes die Durchführung eines Referendums und stimmten deshalb im Parlament mit „Nein“.

Irland

Knapp, aber doch unmissverständlich fiel das irische Referendum zum Lissabon-Vertrag am 12. Juni 2008 mit 53,4 Prozent gegen 46,6 Prozent der Stimmen aus. Die Analyse der Gründe für das „Nein“ ist nun von großer Bedeutung für die Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses.

In einer kurz nach dem Referendum in Irland durchgeführten „Eurobarometer“-Umfrage wurden als Ursachen für die Ablehnung am häufigsten Informationsmangel über den Inhalt des Vertrags und Angst vor einer Aushöhlung der nationalen Identität und der Neutralität Irlands angegeben. Während die Gegner des Vertrags mit sehr abstrusen Behauptungen, wie der, dass der Lissabon-Vertrag Abtreibung und Euthanasie erlaube, punkteten, blieb die Kampagne der Befürworter eher blass. Das fehlende Europa-Engagement und eine schlechte Kommunikationspolitik im Land trugen zum negativen Ausgang des Referendums bei. Knapp fünf Wochen nach dem Referendum wurde EU-Ratspräsident Sarkozy bei seinem Besuch in Dublin mit Protesten empfangen, nachdem er sich für eine erneute Abstimmung ausgesprochen hatte, bei der Zugeständnisse an die Iren (beispielsweise bezüglich der Zusammensetzung der EU-Kommission) ein positives Votum herbeiführen sollten. Auch der irische Europaminister Dick Roche äußerte Ende August seine Präferenz für ein zweites Referendum. Umfragen zeigen jedoch, dass die Ablehnung des Lissabon-Vertrags in der irischen Bevölkerung nicht kleiner geworden ist und die Mehrheit der Bürger hinter denjenigen Abgeordneten steht, die im EU-Parlament „Respect the Irish Vote“ skandierten. Um eine Mehrheit für den Vertrag zu finden, erwägt die irische Regierung, Opt-Out-Klauseln 2008 in der Verteidigungspolitik festzulegen, wie Außenminister Micheál Martin am 7. September mitteilte. In Brüssel wird zudem die im Lissabon-Vertrag vorgesehene Verkleinerung der EU-Kommission überdacht, da viele irische Wähler den Verlust des irischen Kommissars fürchteten.

Italien

In Italien wurde der Lissabon-Vertrag endgültig ratifiziert. Nach der Ratifizierung durch den Senat am 23. Juli 2008 stimmte am 31. Juli 2008 auch die römische Abgeordnetenkammer dem Vertragswerk ohne jede Gegenstimme zu und setzte damit ein wichtiges Signal nach dem gescheiterten Referendum in Irland.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MARTIN KASPEREK
 JULIANE BOSSE
 KATRIN ULLRICH

September 2008

www.kas.de

www.eukas.eu

Lettland

Das lettische Parlament hat am 8. Mai den Vertrag von Lissabon mit überwältigender Mehrheit ratifiziert. Die Abgeordneten stimmten im Parlament mit 70 Ja- und drei Nein-Stimmen bei einer Enthaltung für den EU-Reformvertrag.

Litauen

Litauen hat ebenfalls am 8. Mai den Vertrag von Lissabon parlamentarisch ratifiziert. Jedoch gingen der Ratifizierung hitzige Debatten im litauischen Parlament über die Beziehungen des Landes und der EU zu Russland voraus. Bei der Abstimmung votierten 83 Abgeordnete für die Ratifikation, bei fünf Gegenstimmen und 23 Enthaltungen.

Luxemburg

In Luxemburg ratifizierte das Parlament am 29. Mai 2008 den Vertrag von Lissabon parlamentarisch. Die Abgeordneten stimmten mit 47 Ja-Stimmen für den EU-Reformvertrag bei drei Enthaltungen und einer Gegenstimme.

Malta

Malta hat als dritter Mitgliedstaat den Vertrag von Lissabon am 29. Januar 2008 parlamentarisch ratifiziert. Die Annahme des Vertrags erfolgte ohne Gegenstimmen.

Niederlande

Am 5. Juni 2008 nahm das niederländische Abgeordnetenhaus den EU-Reformvertrag von Lissabon an. Am 8. Juli 2008 fand auch in der Ersten Kammer des niederländischen Parlaments, dem Senat, der Vertrag von Lissabon eine Mehrheit. 60 von 75 Senatoren votierten für den Reformvertrag. Die Gegenstimmen kamen aus der Sozialistischen Partei, der rechtspopulistischen „Partij voor de Vrijheid“ und der „Partei für die Tiere“. Durch die Unterschrift von Königin Beatrix und die Veröffentlichung im Gesetzesblatt ist die Ratifizierung in den Niederlanden abgeschlossen.

Österreich

Österreichs parlamentarische Ratifizierung des Lissabon-Vertrags ist abgeschlossen. Das österreichische Parlament hat dem Vertrag von Lissabon am 9. April 2008 mit großer Mehrheit zugestimmt. Während 28 Abgeordnete gegen eine Annahme votierten, fanden sich 151 positive Stimmen. Die Gegenstimmen kamen zum Großteil aus den Lagern der rechten FPÖ und BZÖ, die ein Referendum gefordert hatten. Am 24. April 2008 ratifizierte auch der österreichische Bundesrat den Reformvertrag. Am 28. April 2008 schloss Bundespräsident Fischer (SPÖ) mit der Unterzeichnung des EU-Reformvertrags von Lissabon den Ratifizierungsprozess in Österreich ab.

Polen

Nach der gescheiterten irischen Volksabstimmung erklärte der polnische Präsident Lech Kaczynski am 1. Juli 2008, dass er den seiner Meinung nach „gegenstandslosen“ Reformvertrag vorerst nicht unterzeichnen werde, obwohl er sich bereits Ende März mit Regierungschef Tusk auf eine Ratifizierung des Vertrags durch das Parlament geeinigt hatte und den Reformvertrag selbst bereits im April 2008 unterzeichnet hatte, die Ratifizierungsurkunde hingegen nicht. Im August 2008 erklärte Kaczynski schließlich, dass er den Vertrag „als Letzter“ unterschreiben wolle und äußerte seine Zweifel über die vorgesehene gemeinsame EU-Außenpolitik, die sich im Georgienkonflikt als nicht realisierbar gezeigt habe.

Portugal

Das portugiesische Parlament hat am 23. April 2008 über die Annahme des Vertrags abgestimmt und damit als neuntes Land den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Das Parlament billigte den Vertrag mit überwältigender Mehrheit, 208 Abgeordnete stimmten für, 21 Abgeordnete gegen eine Annahme des Vertragstextes.

Die Gegenstimmen kamen aus den drei linken Fraktionen des Parlaments („Partido Ecologista Os Verdes“, „Bloco de Esquerda“, „Partido Comunista Português“), die der An-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MARTIN KASPEREK

JULIANE BOSSE

KATRIN ULLRICH

September 2008

www.kas.de

www.eukas.eu

sicht waren, der Vertrag würde die Souveränität des Landes untergraben und fordern aus diesem Grund die Durchführung eines Referendums in Portugal.

Rumänien

Als vierter Mitgliedsstaat ratifizierte das rumänische Parlament am 4. Februar 2008 den Vertrag von Lissabon. Mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung wurde der Vertrag in einer gemeinsamen Sitzung der rumänischen Abgeordnetenkammer und des Senats angenommen.

Schweden

2005 hatte Schweden den EU-Verfassungsvertrag nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 nicht ratifiziert. Aus diesem Grund gab es zum Vertrag von Lissabon ein weit reichendes Konsultationsverfahren, das 214 Regierungsbehörden und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit gab, ihre Anliegen zu äußern. Das Konsultationsverfahren endete am 25. März 2008. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser Konsultation hat die schwedische Regierung den Vertrag beraten und das Ratifikationsgesetz beschlossen.

Der EU-Reformvertrag muss mit einer einfachen Mehrheit vom schwedischen Parlament ratifiziert werden. Das schwedische Kabinett beschloss bereits die Regierungsvorlage für die Ratifizierung des Lissabon-Vertrags durch das Parlament. Die Abstimmung ist nach den Parlamentsferien im November 2008 vorgesehen. Aufgrund der Unklarheit nach dem irischen „Nein“ mahnten die oppositionellen Sozialdemokraten die Regierung zu „besonderer Vorsicht“, die Ratifizierung ist jedoch nicht gefährdet.

Slowakei

Am 10. April 2008 hat die Slowakei den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Ursprünglich war die Abstimmung über den EU-Reformvertrag für Anfang Februar geplant. Für die geforderte Zweidrittelmehrheit zur Annahme des EU-Reformwerkes benötigte die Koalition des Premierministers Roberto Fico mindestens fünf Stimmen der Oppositi-

on. Diese hatte jedoch aus Protest gegen einen umstrittenen Pressegesetzentwurf ihre Zustimmung zunächst verweigert. Schließlich stimmten Abgeordnete der Oppositionspartei „Partei der ungarischen Koalition“ (SMK) für den Lissabon-Vertrag. Er wurde mit 103 zu fünf Stimmen angenommen. Die christdemokratische und die liberale Oppositionspartei hatten das Plenum aus Protest gegen das inzwischen beschlossene Pressegesetz erneut verlassen. Es sei nicht mit der Pressefreiheit und dem Recht auf Zugang zu nachweisbaren Informationen vereinbar.

Slowenien

Slowenien hat am 29. Januar 2008 als zweiter Mitgliedstaat nach Ungarn den Vertrag von Lissabon parlamentarisch ratifiziert. 74 von 90 Abgeordneten stimmten für eine Annahme des Vertrags. Ein Grund für die frühzeitige Ratifizierung war die im Januar übernommene Ratspräsidentschaft.

Spanien

Das spanische Unterhaus hat am 26. Juni 2008 mit überwältigender Mehrheit dem EU-Reformvertrag von Lissabon zugestimmt. 322 Abgeordnete stimmten für den Vertrag, sechs votierten dagegen und zwei enthielten sich ihrer Stimme. Am 15. Juli 2008 billigte auch der spanische Senat mit einer überwältigenden Mehrheit den Vertrag von Lissabon. Nach der positiven Abstimmung im Parlament galt die Abstimmung im Senat als reine Formsache. Spanien ist damit der 23. EU-Mitgliedsstaat, der dem Vertrag von Lissabon zugestimmt hat.

Tschechien

Tschechien hat nach dem negativen Votum der Iren zum Vertrag von Lissabon die Ratifizierung in Frage gestellt. Das tschechische Abgeordnetenhaus hatte sich im März 2008 bereits für den Vertrag ausgesprochen, doch der Senat legte den EU-Reformvertrag dem Verfassungsgericht vor. Dieses hat Anfang September 2008 die Prüfung aufgenommen, ein Urteil wird Ende Oktober erwartet. In beiden tschechischen Kammern dominiert die regierende bürgerlich-demokratische

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MARTIN KASPEREK
JULIANE BOSSE
KATRIN ULLRICH

September 2008

www.kas.de

www.eukas.eu

Partei ODS des Ministerpräsidenten Mirek Topolánek, in deren Reihen sich zahlreiche Europaskeptiker finden, allen voran Präsident Václav Klaus, Topoláneks Vorgänger als ODS-Parteivorsitzender. Dessen Vorgänger Václav Havel sagte, dass er sich wünsche, dass die Ratifizierung vor der tschechischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 abgeschlossen ist.

Ungarn

Ungarn hatte am 17. Dezember 2007 als erstes Land den Vertrag von Lissabon parlamentarisch ratifiziert. Für die Zustimmung war eine Zweidrittelmehrheit nötig. Das ungarische Parlament hat mit einer überwältigenden Mehrheit von 325 Ja-Stimmen gegenüber fünf Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen den Vertrag von Lissabon angenommen.

Vereinigtes Königreich

Am 5. März 2008 wurde das von der Opposition (Konservative Partei und Liberaldemokraten) beantragte Referendum zum Vertrag von Lissabon vom Unterhaus, dem „House of Commons“, mit 311 zu 248 Stimmen abgelehnt.

Das „House of Commons“ verabschiedete am 11. März 2008 mit 346 Ja-Stimmen bei 206 Gegenstimmen den Lissabon-Vertrag.

Die Klage eines der Konservativen Partei nahe stehenden britischen Millionärs, der ein Referendum über den Vertrag erreichen wollte, scheiterte Anfang Juni 2008. Nach dem Nein der Iren am 12. Juni 2008 beantragte die konservative Opposition die Verschiebung der Abstimmung im „House of Lords“. Der Antrag wurde am 18. Juni 2008 mit 277 zu 184 Stimmen im Oberhaus abgelehnt. Am Abend noch votierte das Oberhaus ebenfalls für die Annahme des Lissabon-Vertrags. Daraufhin unterzeichnete Königin Elizabeth II. am Vormittag des 19. Juni 2008 den EU-Reformvertrag. Der Ratifizierungsprozess ist damit in Großbritannien abgeschlossen.

Großbritannien hat sich eine Ausnahmeregelung zur Grundrechtecharta vorbehalten.

Man fürchtete vor allem mögliche Auswirkungen der Regelung zu Arbeitszeiten und zum Streikrecht auf das britische Arbeitsrecht. Auch bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit pocht Großbritannien auf eine Ausnahme. In diesem Bereich ließ die britische Regierung verlauten, dass sie es sich offen halte, ob sie sich an einer Kooperation beteilige.

Zypern

Zypern ist das 21. von 27 EU-Mitgliedstaaten, das dem Vertrag von Lissabon zugestimmt hat. Am 3. Juli hat das zypriische Parlament mit deutlicher Mehrheit den EU-Reformvertrag gebilligt. 31 konservative, bürgerliche und sozialistische Abgeordnete votierten für den Vertrag. Lediglich 17 Parlamentarier der kommunistischen Partei AKEL stimmten dagegen, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Die überwiegende Mehrheit der Zypriener verbindet mit einer fortschreitenden Integration der Europäischen Union auch die Hoffnung auf die Überwindung der Teilung ihrer Mittelmeerinsel.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MARTIN KASPEREK
 JULIANE BOSSE
 KATRIN ULLRICH

September 2008

www.kas.de

www.eukas.eu

Mitgliedstaat	Ratifizierungsverfahren	Ratifizierungsdatum	Ergebnis
Belgien	• Senat	6. März 2008	Ja
	• Abgeordnetenkommission	10. April 2008	Ja
	• Parlament der deutschsprachigen Gemeinschaft	19. Mai 2008	Ja
	• Parlament der französischen Gemeinschaft	20. Mai 2008	Ja
	• Flämisches Regionalparlament	10. Juli 2008	Ja
	• Parlament der Region Brüssel Hauptstadt	27. Juni 2008	Ja
	• Wallonisches Parlament	14. Mai 2008	Ja
Bulgarien	• Parlament	21. März 2008	Ja
Dänemark	• Parlament	24. April 2008	Ja
Deutschland	• Bundestag	24. April 2008	Ja
	• Bundesrat	23. Mai 2008	Ja
	• Bundespräsident	Offen	Ja
Estland	• Parlament	11. Juni 2008	Ja
Finnland	• Parlament	11. Juni 2008	Ja
Frankreich	• Congrès (NV + Senat)	4. Februar 2008	Ja
	• Nationalversammlung	7. Februar 2008	Ja
	• Senat	8. Februar 2008	Ja
	• Präsident	14. Februar 2008	Ja
Griechenland	• Abgeordnetenkommission	11. Juni 2008	Ja
Irland	• Referendum	12. Juni 2008	Nein
Italien	• Parlament	23. Juli 2008	Ja
	• Senat	31. Juli 2008	Ja
Lettland	• Parlament	8. Mai 2008	Ja
Litauen	• Parlament	8. Mai 2008	Ja
Luxemburg	• Parlament	29. Mai 2008	Ja

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

MARTIN KASPEREK

JULIANE BOSSE

KATRIN ULLRICH

September 2008

www.kas.de

www.eukas.eu

Malta	• Parlament	29. Januar 2008	Ja
Niederlande	• Abgeordnetenhaus	5. Juni 2008	Ja
	• Senat	8. Juli 2008	Ja
Österreich	• Parlament	9. April 2008	Ja
	• Bundesrat	24. April 2008	Ja
	• Bundespräsident	28. April 2008	Ja
Polen	• Parlament	1. April 2008	Ja
	• Senat	2. April 2008	Ja
	• Staatspräsident	Offen	
Portugal	• Parlament	23. April 2008	Ja
Rumänien	• Parlament + Senat	4. Februar 2008	Ja
Schweden	• Parlament	Voraussichtlich November 2008	
Slowakei	• Parlament	10. April 2008	Ja
Slowenien	• Parlament	29. Januar 2008	Ja
Spanien	• Kongress	26. Juni 2008	Ja
	• Senat	15. Juli 2008	Ja
Tschechien	• Parlament	Offen	
	• Senat	Offen	
Ungarn	• Parlament	17. Dezember 2007	Ja
Vereinigtes Königreich	• House of Commons	11. März 2008	Ja
	• House of Lords	18. Juni 2008	Ja
	• Königin	19. Juni 2008	Ja
Zypern	• Parlament	3. Juli 2008	Ja